



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter www.harald-weinberg.de. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1. Aktuelles aus Bayern	2
1.1 Neuer Landesvorstand der LINKEN.....	2
1.2 Solieinkauf bei Schlecker	2
1.3 Hilferuf vom Klinikbetriebsrat aus Oberstaufen.....	2
2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE	2
2.1 Kampfkraft der Gewerkschaften stärken – Anti-Streik-Paragrafen abschaffen	2
2.2 Weg mit der Praxisgebühr!.....	3
2.3 Kranke sollen kostenlos behandelt werden – immer!.....	3
2.4 Keine Geschenke an die Pharmaindustrie!.....	3
2.5 Rede im Bundestag: Für Schwarz-Gelb sind die Profitinteressen der Ärzte wichtiger als eine gute Behandlung.....	4
2.6 Zahnersatz: Extra-Transparenz statt Extra-Honorare.....	4
2.7 Ende der PKV schon fast besiegelt	4
2.8 Privatvorsorge ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.....	5
2.9 Nichtzahlerproblem bei PKV ist hausgemacht	5
3. Sonstiges	5
3.1 Chemiewaffeneinsatz in der Türkei befürchtet.....	5
3.2 Offener Brief an das Auswärtige Amt zum Hungerstreik kurdischer Gefangener	5
4. Termine	6
4.1 Europäische Aktionstage in Frankfurt/Main: Demokratie statt Fiskalpakt!.....	6
4.2 Konferenz in Berlin am 20. Mai: Neue Kraft voraus! Für eine starke Linke.	6
4.3 Themenfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft nach Berlin	7
4.4 Harald auf Facebook.....	7
5. Kontakt zu Haralds Büros	7

1. Aktuelles aus Bayern

1.1 Neuer Landesvorstand der LINKEN

Auf dem Landesparteitag in Weilheim am 21./22. April bin ich wieder in den Landesvorstand gewählt worden. Ich freue mich über das gute Wahlergebnis und das damit verbundene Vertrauen. Auf diesem Wege möchte ich auch noch einmal den anderen gewählten Genossinnen und Genossen gratulieren. Auf gute und solidarische Zusammenarbeit!

Im Anhang der E-Mail befindet sich neben diesem Newsletter auch ein Beitrag für den Parteitag von mir.



Die 19 Mitglieder des neu gewählten Landesvorstandes

1.2 Solieinkauf bei Schlecker



Mit GenossInnen der LINKEN Nürnberg-Fürth haben wir Ende März bei einem Einkauf unsere Solidarität mit den Beschäftigten bei Schlecker zum Ausdruck gebracht. Kurz darauf sorgten die Vertreter der asozialen Marktwirtschaft für das Scheitern einer Transfergesellschaft, in der den über 10.000 entlassenen Beschäftigten ein Übergang hätte ermöglicht werden können.

[BILDER ANSEHEN / WEITERLESEN](#)

1.3 „Hilferuf vom Klinikbetriebsrat aus Oberstaufen“

Am 12. März habe ich auf Einladung des Klinikbetriebsrates die Schloßbergklinik Oberstaufen besucht. Die privatisierte Klinik steht vor der Schließung, da dem Klinikbetreiber Helios die Profitrate wichtiger ist als die Gewährleistung einer guten Gesundheitsversorgung. [WEITERLESEN](#)

→ [Die Privatisierungswelle im Krankenhausesektor nimmt erneut Fahrt auf](#) (Artikel auf den Nachdenkseiten)

2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 Kampfkraft der Gewerkschaften stärken – Anti-Streik-Paragrafen abschaffen

Ein Antrag der Linksfraktion im Bundestag fordert, den Anti-Streik-Paragrafen 146 des Sozialgesetzbuches III abzuschaffen.

Unter dem Vorwand, die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Tarifeinwanderungen sicherzustellen, wurde von der Kohl-Regierung 1986 das Streikrecht eingeschränkt und damit die Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften beschnitten. Als Reaktion auf den Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie 1984 wurde die Zahlung des Kurzarbeitergeldes an Beschäftigte, die während eines Streiks von „kalter Aussperrung“ betroffen sind, drastisch eingeschränkt. [WEITERLESEN](#)

2.2 Weg mit der Praxisgebühr!

Die Praxisgebühr muss abgeschafft werden. Sie ist zutiefst unsozial und medizinisch widersinnig. Durch die

Überschüsse der Krankenkassen ist sie in den letzten Wochen von vielen Seiten in Frage gestellt worden. In den meisten Fällen handelte es sich um verlogenes Wahlkampfgetöse, die Praxisgebühr tatsächlich abschaffen will nur DIE LINKE – und mittlerweile auch die Grünen. Mehr Informationen dazu im [Flugblatt der Linksfraktion](#) „Die Praxisgebühr muss weg“.

Im Folgenden eine Auswahl meiner parlamentarischen Aktivitäten gegen die Praxisgebühr in den letzten Wochen:

→ **Rede im Bundestag: Patientinnen und Patienten jetzt entlasten!**

[VIDEO ANSEHEN](#) | [REDE LESEN](#)

→ **Interview mit mir auf [bundestag.de](#):**

[„Praxisgebühr hat Steuerungswirkung nicht erbracht“](#)

→ **Pressemitteilung vom 11. April:**

[„Praxisgebühr ist und bleibt falsch“](#)

(mit dieser PM bin ich sogar von Springers B.Z. zitiert worden:

[Zum B.Z.-Artikel](#))



2.3 Kranke sollen kostenlos behandelt werden – immer!

Zur Kritik an der „Selbstverschuldens-Regelung“

Piercer und Tätowierer in einer Expertenanhörung des Gesundheitsausschusses, die die DIE LINKE verlangt hat? Was war geschehen? Seit April 2007 gibt es die Selbstverschuldens-Regelung, nach der Menschen, die durch eine medizinisch nicht notwendige Maßnahme, wie beispielsweise ein Piercing, eine Tätowierung oder eine Schönheits-OP eine Folgeerkrankung davortragen, an den Kosten der Behandlung beteiligt werden müssen. 2008 wurde die Regelung konkreter: Nun sollten nur noch genau diese drei Sachverhalte – Schönheits-OPs, Tätowierungen und Piercings – derart sanktioniert werden, das Wort „beispielsweise“ fiel im Gesetz weg. Die Aufzählung sollte abschließend sein, so der Wille der damaligen großen Koalition.

[WEITERLESEN](#)

2.4 Keine Geschenke an die Pharmaindustrie!

Warum macht ein Unternehmen Werbung? Letztlich gibt es hierauf nur eine Antwort: Um den Umsatz zu steigern. Der Entwurf des Arzneimittelgesetzes enthält nun eine Ausweitung von Werbemöglichkeiten für die OTC-Industrie. Schwarzgelb will also erreichen, dass die Menschen in Deutschland mehr Pillen einwerfen. Das ist sicher etwas überspitzt ausgedrückt, trifft aber den Kern der Sache.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass die EU-Regelungen zur Begrenzung von Werbung für OTC-Arzneimittel als abschließend anzusehen sind. Die weitergehenden Regelungen des Heilmittelwerbegesetzes sind demnach EU-rechtswidrig. Die Bundesregierung hätte nach dem Urteil des EuGH aktiv werden und eine Änderung der Richtlinie anstoßen müssen. Davon war leider nichts zu merken. Sich jetzt hinter der Umsetzung der Richtlinie zu verstecken, reicht nicht aus. Wir erwarten Initiativen von Seiten der Bundesregierung oder der Koalition, welche die deutsche Ablehnung der marktliberalen Regelungen deutlich machen. Andernfalls gehen wir davon aus, dass die Regierung und Koalition dieses neuerliche Geschenk an die Pharmaindustrie billigen. [WEITERLESEN](#)

2.5 Rede im Bundestag: Für Schwarz-Gelb sind die Profitinteressen der Ärzte wichtiger als eine gute Behandlung (10. Mai)



Immer mehr Patientinnen und Patienten bekommen in den Arztpraxen Leistungen angepriesen, die sie selber zahlen müssen, weil sie von der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht übernommen werden. Die Patienten haben Vertrauen in den Arzt und greifen - so sie können - ins Portemonnaie. Die meisten dieser Leistungen sind allerdings völlig nutzlos, einige sogar schädlich. Zumindest für die schädlichen Leistungen muss man über ein Verbot nachdenken, meint Harald Weinberg. Es kann nicht sein, dass Ärztinnen und Ärzte ungestraft

ihren Profit über die Gesundheit derer stellen, die ihnen vertrauen. Es ist aber zu befürchten, dass Schwarz-Gelb alles beim Alten belässt – ihrer Klientel zuliebe... [VIDEO ANSEHEN](#) | [REDE LESEN](#)

2.6 Zahnersatz: Extra-Transparenz statt Extra-Honorare (Pressemitteilung vom 10. April)

„Versicherte müssen vor finanzieller Überforderung geschützt werden, denn Zähne im Mund sind kein Luxus. Es kann nicht angehen, dass Armut an den Zähnen erkennbar ist“, so Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, zur Ankündigung des GKV-Spitzenverbandes, die Rechnungen der Zahnärzte schärfer zu kontrollieren. „Die Honorare der Zahnärzte steigen seit Jahren, nicht zuletzt durch die satte Gebührenerhöhung durch Schwarz-Gelb als Geschenk an die Zahnmediziner Anfang dieses Jahres. Auf der anderen Seite steigt der Eigenanteil der Versicherten rapide an. Immer mehr Menschen können sich keinen Zahnersatz mehr leisten.“ [WEITERLESEN](#)

2.7 Ende der PKV schon fast besiegelt (Pressemitteilung vom 23. März)

„Die Private Krankenversicherung (PKV) manifestiert die Ungerechtigkeit der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland. Das weiß jeder. Die PKV hat massive Probleme, die Altersrückstellungen zu einem guten Zinssatz anzulegen. Das spricht sich auch immer weiter rum. Gute Zinsen sind bereits in die Tarife einkalkuliert. Werden diese Kalkulationen nicht erreicht, muss sich die PKV das Geld über massive Beitragserhöhungen reinholen, was sie ja bereits seit Jahren tut. Anders sind die ungebrems-ten Kostensteigerungen nicht zu schultern“, so Harald Weinberg, Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss, zu den Meldungen über die Krise in der privaten Krankenversicherung (PKV). „DIE LINKE lehnt es ab, dieses fast tote Geschäftsmodell mit immer weiteren Reanimierungsmaßnahmen am Leben zu halten“. Weinberg weiter:

„Die PKV wirbt dennoch weiter mit billigen Einstiegstarifen für ihr schneeballartiges Modell und führt Berufseinsteiger damit an der Nase herum. Denn schon nach einigen Jahren verlangen die Versicherungen ein Mehrfaches. Spätestens im Rentenalter merken die Versicherten schmerzhaft, dass das Gerede von der „Demographiefestigkeit“ der PKV eine Lüge war, um an ihr Geld zu kommen.“ [WEITERLESEN](#)

- [PKV: Abkassiert und alleingelassen](#)
(Bericht des ARD-Magazins Panorama)

**Für eine solidarische
Bürgerinnen- und
Bürgerversicherung –**
gegen Zwei-Klassen-Medizin

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

2.8 Privatvorsorge ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems (PM vom 5. April)

„Wer Privatvorsorge predigt und der Privaten Krankenversicherung das Wort redet, macht Krankheit und Alter zu einer Frage des Geldbeutels und spaltet die Gesellschaft weiter“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann im Gesundheits-ausschuss für die Fraktion DIE LINKE, Forderungen des Gesundheitsministers nach einem Ausbau der privaten Vorsorge. „Gesundheitsminister Bahr sollte sich endlich für die Interessen der Versicherten, statt für die Interessen der Versicherungs-wirtschaft einsetzen.“ [WEITERLESEN](#)

2.9 Nichtzahlerproblem bei PKV ist hausgemacht (Pressemitteilung vom 17. April)

„Das Problem der Nichtzahler bei der PKV ist hausgemacht. Vor allem die Versicherungsgesellschaften, die mit Billig- und Einsteigertarifen werben, haben ein Problem mit Nichtzahlern. Eine Versicherung, die sich aus diesen zweifelhaften Angeboten heraushält, hat deutlich weniger säumige Beitragszahler als der Branchenschnitt. Das belegen mir vorliegende Zahlen.“ [WEITERLESEN](#)



3. Sonstiges

3.1 Chemiewaffeneinsatz in der Türkei befürchtet

In einer Region in den kurdischen Provinzen der Türkei, in der seit mehreren Tagen eine Militäroperation stattfindet, sollen Gasmasken an die Soldaten ausgegeben worden sein. Das wurde von vielen in der Region lebenden Menschen berichtet.

Aysel Tugluk, von der im türkischen Parlament vertretenen Demokratischen Friedenspartei (BDP), hatte dies auf einer gestrigen Pressekonferenz in Diyarbakir mitgeteilt. Im Dreieck zwischen Lice, Kulp und Genc seien Gasmasken an Soldaten verteilt worden. An der Militäroperation sollen Berichten zufolge 10.000 Soldaten beteiligt sein. Mehrere ParlamentarierInnen der BDP führen heute in die Region, um als Schutzschilde weiteres Blutvergießen sowie mögliche Kriegsverbrechen zu verhindern. Sie fordern dazu auf, sich an der Delegation zu beteiligen. Das ist eine gute und wichtige Initiative, mit dem wir uns ausdrücklich solidarisieren. [WEITERLESEN](#)

3.2 Offener Brief an das Auswärtige Amt zum Hungerstreik kurdischer Gefangener

Seit Mitte Februar befinden sich ca. 1500 politische Gefangenen in der Türkei - und seit dem 1. März 2012 fünfzehn KurdInnen aus Europa in Straßburg - in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie wenden sich damit gegen die Politik des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Viele der Hungerstreikenden befinden sich mittlerweile, aufgrund der langen Dauer des Hungerstreiks, in einem kritischen, lebensgefährlichen Zustand. Die Hungerstreikenden fordern eine friedliche Lösung der kurdischen Frage, die Freilassung der ca. 9000 kurdischen politischen Gefangenen und die Anerkennung Abdullah Öcalans als Verhandlungspartner in einem Friedensdialog. [WEITERLESEN](#)

4. Termine

4.1 Europäische Aktionstage in Frankfurt/Main: Demokratie statt Fiskalpakt und Bankenrettung!

Vom 16. bis 19. Mai werden die Frankfurter Protesttage „Blockupy Frankfurt“ stattfinden. Dies ist eine Woche, bevor der Deutsche Bundestag den Fiskalvertrag und den permanenten europäischen Bankenrettungsschirm ESM beschließen will.

Die Partei DIE LINKE unterstützt die „BLOCKUPY!“ Maiproteste und wird an allen Tagen in Frankfurt vor Ort sein. Zusätzlich zum [Bündnisaufruf](#) gibt es einen eigenen [Aufruf der Partei](#) sowie weiteres [Mobilisierungsmaterial](#).



Mobilisierungsvideo von leftvision | [Video ansehen](#)

Die Bundestagsfraktion wird mit einem Veranstaltungszelt auf dem Rathenauplatz am 17. und 18. Mai vor Ort sein. In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung werden dort u.a. Veranstaltungen zu den Themen „Demokratie statt Fiskalpakt“ sowie „Soziale Errungenschaften in Europa verteidigen“ angeboten. Eingeladen sind Gewerkschafter, linke Parteien und Aktivisten aus Italien, Griechenland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Deutschland. Mehr Informationen zum Programm gibt es [hier](#).

- Aufruf von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern für Blockupy: [Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte in Europa verteidigen!](#)

4.2 Konferenz in Berlin am 20. Mai: Neue Kraft voraus! Für eine starke Linke.

Sonntag | 20. Mai 2012 | Berlin



Tagungshaus am Hauptbahnhof | Lehrter Strasse 68

DIE LINKE feiert in diesem Jahr ihren 5. Geburtstag. In der letzten Zeit war sie mit allerhand Gegenwind, Flauten und Teamstress konfrontiert. Wir wollen uns mit diesem Zustand nicht abfinden, sondern für eine starke LINKE kämpfen!

Gerade jetzt wollen wir ein Zeichen für eine LINKE setzen, die sich durch eine konsequente linke Strategie und Praxis auszeichnet. Inhaltlich Kurs halten, die Segel neu setzen und Fahrt aufnehmen. Hierzu gehört die Fokussierung auf linke Kernthemen wie soziale Sicherheit, die Eigentumsfrage und Frieden sowie die Orientierung auf Protest und außerparlamentarischen Widerstand anstatt auf Anbiederei an andere Parteien. Auf diese Weise wollen wir vor dem Göttinger Parteitag Fahrt aufnehmen für eine starke LINKE, die solidarisch und geschlossen die Bundestagswahl 2013 erfolgreich bestreiten und Antworten auf neue Herausforderungen geben kann. [Zum Programm der Konferenz](#)

4.3 Themenfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft nach Berlin

Die bayerische Abgeordnetengemeinschaft bietet in diesem Jahr noch mehrere thematische Bundestagsreisen von Bayern nach Berlin an. Alle Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es in diesem [Flyer](#). Die Termine und Themen im Einzelnen:

- **6. bis 9. Juni: Studierendenfahrt**
Diese Fahrt richtet sich an Studierende. Wir werden neben einem Besuch im Bildungsministerium und einer Stadtführung zum Thema „Studierende zwischen Protest und Reaktion“ auch ein hochschulpolitisches Fachgespräch anbieten. Diese Fahrt wird von Nicole Gohlke angeboten.
Abfahrtsort: München (mit dem Zug); Zustieg in Ingolstadt und Nürnberg.
- **4. bis 7. Juli: Umwelt**
Eva Bulling-Schröter bietet diese Fahrt für Interessenten an, die sich im Umweltbereich engagieren. Neben Stadtrundfahrt, Besuch des Reichstagsgebäudes und einem Fachgespräch mit der Abgeordneten sollen auch Umweltprojekte besucht werden. Abfahrtsort: Ingolstadt (mit dem Zug). Es kann in Nürnberg zugestiegen werden.
- **13. bis 15. September: Prekäre Beschäftigung**
Diese Fahrt richtet sich an prekär Beschäftigte sowie an Betriebsräte und Gewerkschaftler, die in diesem Bereich engagiert sind. Wir fahren von Passau aus mit dem Bus, Zustiegsmöglichkeit in Deggendorf. Bei Bedarf richten wir noch einen Zustieg in Nürnberg ein. (Wenn sich größere Gruppen anmelden kann man über einen weiteren alternativen Zustieg reden).
- **20. bis 22. September: Gesundheit**
Dieses Angebot von Harald Weinberg richtet sich an Beschäftigte in Krankenhäusern und im Pflegebetrieb sowie Tätige in anderen Bereichen des Gesundheitswesens, wie z.B. Heilpraktiker. Geplant ist unter anderem der Besuch im Bundesministerium für Gesundheit sowie ein gesundheitspolitisches Fachgespräch mit dem Obmann des Gesundheitsausschusses, Harald Weinberg. Abfahrtsort ist Nürnberg.

4.4 Harald auf Facebook

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich auch regelmäßig bei Facebook. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#)

5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86

90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 4505627

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6

82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE

Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe: <http://www.harald-weinberg.de/impressum.php>